

## NACHRICHTEN

**Ehemaliger SS-Mann verurteilt**

VERONA: Ein italienisches Militärgericht hat gestern einen ehemaligen Angehörigen der SS in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach Justizangaben in Verona wurde der 76-jährige Misha Seifert für 18 Fälle von Mord und Folter zwischen Juni 1944 und April 1945 für schuldig befunden. Der gebürtige Ukrainer soll die Taten in einem Konzentrationslager in Bozen begangen haben, als Norditalien durch deutsche Truppen besetzt war. Während dieser Zeit wurden insgesamt etwa 11 000 Juden, politische Gefangene und Deserteure in dem Lager gefangen gehalten.

**Serbisches Ultimatum an KFOR**

BELGRAD/PRISTINA: Die serbische Polizei hat die Kosovo-Friedenstruppe KFOR am Freitag ultimativ aufgefordert, die Gewalttaten albanischer Unabhängigkeitskämpfer in Südserbien zu unterbinden. Die Frist von 72 Stunden laufe ab Freitag 19 Uhr (MEZ), sagte der serbische Ko-Innenminister Bozo Prelevic in Belgrad. In den vergangenen Tagen war es wiederholt zu anti-serbischen Anschlägen gekommen. Die Kosovo-Friedenstruppe KFOR forderte die Rebellen zu einem Waffenstillstand auf. Die KFOR sei sich der Eskalation des bewaffneten Konflikts zwischen der serbischen Polizei und lokalen, bewaffneten Albanergruppen in der Pufferzone zum Kosovo bewusst, teilte KFOR-Sprecher Mark Whitty gestern Abend in Pristina mit. Die Situation werde genau beobachtet.

**Mugabe-Anhänger stürmten in Oberstes Gericht**

HARARE: Hunderte von Anhängern der simbabwischen Regierungspartei ZANU-PF von Präsident Robert Mugabe haben gestern in der Hauptstadt Harare den Obersten Gerichtshof gestürmt und den Abbruch einer Verhandlung über die Agrarkrise in Simbabwe erzwungen. Vertreter des Dachverbandes der weissen Farmer (CFU) hatten Einspruch gegen eine frühere Gerichtsentscheidung eingelegt, wonach die Polizei nicht gehalten ist, schwarze Landbesitzer von Besitzungen weisser Farmer zu vertreiben. Nach einer 90-minütigen Unterbrechung kehrten die fünf Obersten Richter in den Verhandlungssaal zurück und entschieden zu Gunsten der Farmer. Etwa 200 meist Jugendliche waren lärmend in den Verhandlungssaal eingedrungen, ohne dass die anwesende Polizei eingriff. Die Unruhestifter riefen «Nieder mit den Weissen» und zeigten Transparente mit der Aufschrift: «Die Gerichte gehören dem Volk». CFU-Direktor David Hasluck erhielt mehrere Stockschläge auf den Kopf. Auch weisse Pressevertreter wurden aus dem Verhandlungssaal gejagt.

# Mahnungen und Milliardenhilfen

Gipfel EU-Balkanstaaten: Djukanovic will Serbien und Montenegro als Union unabhängiger Staaten

ZAGREB: Nach einem Jahrzehnt der Kriege hat die EU den Balkan-Staaten den Weg zu einem Beitritt in die Union abgesteckt. Der französische Staatschef und EU-Ratspräsident Jacques Chirac bot beim EU-Balkan-Gipfel in Zagreb am Freitag den Ländern der Region «wirkliche Partnerschaft» an.

Zugleich stellte er aber klare Bedingungen für eine volle Integration. Ausdrücklich forderte er, Kriegsverbrecher an das UNO-Tribunal in Den Haag auszuliefern sowie Korruption, Geldwäsche und Menschenhandel stärker als bisher zu bekämpfen. Am Gipfel nahmen die 15 EU-Staaten sowie Kroatien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Jugoslawien und Slowenien teil, das als einziges der Länder bereits Beitrittsverhandlungen



Die Europäische Union öffnet den fünf Balkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Jugoslawien und Kroatien die Tür zur Mitgliedschaft. (Bild: Keystone)

mit Brüssel führt. Mit Mazedonien schloss die EU in Zagreb das erste so genannte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der Region ab. Mit Kroatien wurden Verhandlungen

über ein solches Abkommen aufgenommen.

Der montenegrinische Präsident Milo Djukanovic hingegen will Serbien und Montenegro als unabhängige Staaten aner-

kannt sehen. Er legte beim Gipfel einen Fahrplan vor, der zu einem Bund der beiden Republiken als international anerkannte Staaten führen soll.

**«Keiner will das frühere Jugoslawien»**

Vorsichtig zeigte sich der UNO-Verwalter für das Kosovo, Bernard Kouchner. Der Sturz des früheren Präsidenten Slobodan Milosevic allein werde nicht zu einer Befriedung des Kosovo führen, erklärte er.

Der deutsche Aussenminister Joschka Fischer sprach mit Blick auf den Gipfel von einem «historischen Tag» und einem Ende der Balkankriege. EU-Kommissionspräsident Romano Prodi sagte: «Keiner ist dafür, das frühere Jugoslawien wieder neu zu erschaffen.»

**Weitere Geberkonferenz vorgesehen**

Die EU verpflichtete sich in der Abschlusserklärung des

Gipfels im Gegenzug für die Bemühungen der Balkan-Länder zu einer neuen Konferenz, um weiteres Geld für den Wiederaufbau der Region zu sammeln. Eine solche Geberkonferenz solle «zum frühestmöglichen Zeitpunkt 2001» stattfinden, forderte der Balkan-Koordinator Bodo Hombach. Die erste Geberkonferenz hatte mehr als zwei Milliarden Euro (gut drei Milliarden Franken) für Projekte wie den Wiederaufbau von Brücken und Schulen erbracht. Zudem hat die EU für die kommenden Jahre insgesamt 4,65 Milliarden Euro (mehr als sieben Milliarden Franken) zur Verfügung gestellt.

Sorge lösten bei dem Gipfel-treffen die jüngsten Anschläge und Gewalttaten im Kosovo aus. Ein politischer Berater des gemässigten Albanerführers Ibrahim Rugova war am Donnerstag in der Hauptstadt Pristina erschossen worden.

**BSE bei deutschen Rindern entdeckt**

HAMBURG/MADRID/PARIS: Erstmals ist bei zwei in Deutschland geborenen Rindern Rinderwahnsinn (BSE) entdeckt worden. Eines der Tiere wurde 1996 in Schleswig-Holstein geboren. Ein 1995 in Sachsen-Anhalt geborenes Rind wurde in Portugal positiv getestet. Die Regionalregierung von Schleswig-Holstein bestätigte den dortigen BSE-Verdacht nach einem Schnelltest. Endgültige Ergebnisse sollen Anfang kommender Woche vorliegen. Das Fleisch sei sichergestellt, der Schlachthof geschlossen worden. Die Regionalregierung kündigte an, dass schnellstmöglich BSE-Tests bei allen Schlachtieren eingeführt würden, die älter seien als 30 Monate.

## Gespräche zwischen Barak und Arafat

Verbindungsbüros bleiben offen - Arafat bittet in Moskau um Unterstützung

JERUSALEM: Trotz weiterer Ausschreitungen in den Autonomiegebieten wollen die israelische und die palästinensische Führung Kontakt halten. Das vereinbarten der israelische Ministerpräsident Ehud Barak und der palästinensische Präsident Jassir Arafat gestern.

Barak telefonierte mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, der das Gespräch an seinen Gast Arafat weiterleitete. Nach Angaben von Baraks Büro einigten sich beide, die Verbindungsbüros in den palästinensischen Gebieten nicht zu schliessen. Unterdessen wurden bei neuen Unruhen gestern erneut fünf Menschen getötet. Arafat versicherte in dem Tele-

fonat mit Barak, er werde alles tun, um die Gewalt zu stoppen. Es war das erste Gespräch zwischen beiden Politikern seit mehr als drei Wochen. Bei seinem Besuch in Moskau sprach sich Arafat für eine stärkere Vermittlerrolle Russlands im Nahost-Friedensprozess aus. Bei der Begrüssung Arafats rief Putin zu einem Ende der Gewalt zwischen Palästinensern und Israelis auf. «Jedes Treffen und Gespräch wäre nutzlos, wenn wir es nicht schaffen, das Ausmass der Auseinandersetzungen und Gewalt im Nahen Osten zu verringern», erklärte er laut einer Meldung der Nachrichtenagentur Interfax.

Arafat sagte, Russland spiele eine entscheidende Rolle im Friedensprozess. Die russische



Jassir Arafat (links) und Ehud Barak führten zum erstenmal seit drei Wochen wieder Gespräche. (Bild: Keystone)

Regierung ist neben den USA ein Mitorganisator der Friedensgespräche, hat sich aber nie so stark engagiert wie die

USA. Beobachter waren daher skeptisch, dass Arafat in Moskau die erhoffte Unterstützung findet.

## UNO-Klimakonferenz

Kein detailliertes Klima-Abkommen

DEN HAAG: Die Klimakonferenz in Den Haag droht zu scheitern. Ein UNO-Sprecher sagte am Freitag, ein detailliertes Abkommen sei bis zum Ende des Gipfels gestern nicht möglich. Ein Kompromissvorschlag des Konferenzvorsitzenden fand keine Gnade.

Die EU kritisierte den Entwurf des niederländischen Konferenzpräsidenten Jan Pronk als «unausgewogen und völlig unakzeptabel». Statt ihren Ausstoss von Treibhausgasen wie 1997 in Kyoto vereinbart zu senken, könnten die Industrieländer ihre direkten Emissionen sogar noch erhöhen, bemängelte die EU. Aber auch die US-Delegation, während der Konferenz härteste Widersacherin der EU, lehnte den Kompromissvorschlag ab. Scharfer Widerstand kam von den Umweltorganisationen. Greenpeace und WWF sagten, das Papier würde auf eine Unterhöhnung des Kyoto-Protokolls hinauslaufen.

Der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin sagte, das grösste Manko am dem Entwurf Pronks sei eine zu weitgehende Anerkennung von Wäldern als

Klimaschutzmassnahme. Unzureichend sei auch die vorgesehene Bestrafung von Ländern, die mehr Treibhausgas ausstossen als im Kyoto-Protokoll zugebilligt, sowie die Regelung über Klimaprojekte im Ausland.

Das Papier sei kein festgelegter Entwurf, verteidigte sich Pronk. «Nehmt es und verbessert es zusammen», sagte er zu den Delegierten im Plenum. Umweltorganisationen warnten davor, den Gipfel ohne Einigung zu beenden. Die Verhandlungsgegner schlossen ein Abkommen in letzter Minute nicht aus. Die französische Umweltministerin Dominique Voynet, sagte, der Vorschlag habe zumindest die festgefahrenen Gespräche wieder belebt. Auch die US-Delegation sah noch Möglichkeiten zu einer Einigung, solange alle Teilnehmer sich «flexibel» zeigten.

UNO-Sprecher Michael Williams sagte, Pronk hoffe zumindest auf eine grundsätzliche Einigung. Technische Details könnten dann später geklärt werden. Die zweiwöchige Konferenz soll am Samstagnachmittag enden.

## Knacknuss Zinsbesteuerung

Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister

BRÜSSEL/LUXEMBURG: Auf der Wirtschafts- und Finanzminister der 15 EU-Staaten wartet bei ihrem Treffen Anfang nächster Woche die Knacknuss Zinsbesteuerung. Noch in der Nacht auf Montag müssen sie einen Kompromiss zur Steuerharmonisierung innerhalb der EU finden.

Luxemburg, das um den Erhalt seiner Attraktivität als Finanzplatz kämpft, meldet als einziges EU-Land in allen strittigen Punkten Vorbehalte an. Die vor fünf Monaten im portugiesischen Feira vereinbarte Steuerharmonisierung muss jedoch einstimmig abgesegnet werden.

**Meldepflicht**

Am EU-Gipfel von Feira hatten die Mitgliedsländer grundsätzlich beschlossen, dass langfristig jedes EU-Land Informationen über Sparer aus anderen EU-Ländern an den Heimatstaat weiterleiten soll. Die Details dieser Abmachung blieben aber offen. Im Prinzip soll die Richtlinie Anfang 2003 in Kraft treten. Nach einer siebenjährigen Übergangszeit sollen aber alle Mitgliedsländer In-

formationen über ihre Sparer austauschen. In der Übergangszeit sollen Länder, welche die Informationsweitergabe verweigern, eine Kapitalertragssteuer von mindestens 25 Prozent erheben, schlägt der französische EU-Vorsitz vor. Luxemburg will maximal 10 Prozent. 90 Prozent dieser Einnahmen sollen an das Heimatland des Sparer überwiehen werden. Luxemburg wendet sich dagegen. Belgien will maximal 75 Prozent der Einnahmen weitergeben. Von etwa 2010 an soll es dann ausschliesslich eine Meldepflicht geben. Strittig ist auch, ob Investmentfonds davon ausgenommen werden sollen, wie dies von Luxemburg gefordert wird.

**Basis für Verhandlungen mit der Schweiz**

Falls sich die EU-Wirtschafts- und Finanzminister Anfang nächster Woche tatsächlich einigen sollten, würde die Einigung als Grundlage für Verhandlungen mit steuergünstigen Nicht-EU-Ländern wie die Schweiz, Liechtenstein aber auch den USA dienen. Bundesrat Pascal Cou-

chepin hatte Mitte Oktober vor den EU-Finanzministern in Luxemburg die Bereitschaft der Schweiz zur Lösung der Zinsbesteuerungs-Frage auf Basis einer Quellensteuer bekräftigt. Wesentlich sei dabei, dass eine Lösung auf der Grundlage einer Quellensteuer erfolge.

**Couchepin: «Meldepflicht kein Thema»**

Eine Meldepflicht ist dagegen laut dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft «kein Weg, um mit der Schweiz zu einer Lösung zu gelangen». Zur Frage einer Rückerstattung von Quellensteuereinnahmen an EU-Staaten sagte Couchepin zudem, dass dies bei Verhandlungen ebenfalls Gesprächsgegenstand sein könne.

Wie die EU-Staaten wolle auch die Schweiz ihr Steuersubstrat behalten, machte Couchepin dabei klar. «Verhandlungen sind Verhandlungen. Man schliesst nicht gleich zu Beginn die Tür», sagte er. Wichtig seien aber Verhandlungen, welche die Interessen beider Seiten respektierten: «Wir machen keine Geschenke.»